

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründete den Antrag.

Eine Erörterung hierüber fand zunächst nicht statt.

Der Ausschussvorsitzende machte den Vorschlag, den Beschluss dahin gehend zu ändern, dass der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss die Verwaltung beauftragen möge, den geltenden Ratsbeschluss dem Bundesminister zur Kenntnis zu geben und ihn mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass dieser Ratsbeschluss aus heutiger Sicht noch Bedeutung und Gültigkeit hat und er gebeten wird, ihn zu beachten.

Frau Jung von der FDP-Fraktion meinte, für sie sei ein Ratsbeschluss ein Beschluss und er bräuchte keine erneute Bestätigung. Man könne den damaligen Ratsbeschluss an Herrn Dobrindt mit einem Zweizeiler senden und auf die bestehende Beschlusslage in Sankt Augustin hinweisen. Sie würde keinen Beschluss fassen.

Darauf teilte der Ausschussvorsitzende mit, dass die Verwaltung ja beauftragt wird, den Beschluss dorthin zu senden. Das sei der Beschluss. In der Sache selbst mache man keinen neuen Beschluss.

Dieses wurde dann so einstimmig angenommen.